

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 30/3 (2003)

DOI: 10.11588/fr.2003.3.63848

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Mais il reste quand même de cette *Ostpolitik* des points positifs: en particulier, il ne fait aucun doute que les bases de la politique initiée par Brandt, entre 1969 et 1973, se révélèrent fructueuses à long terme, même si le bilan est difficile à faire en ce qui concerne finalement la part de la réunification que l'on peut mettre sur le compte de cette politique. L'initiative de la politique d'ouverture vers l'Est reste malgré tout méritante, au regard de l'histoire, tout comme le renouveau de la solidarité qu'elle entraîna.

Françoise BERGER, Paris

Imke STURM-MARTIN, *Zuwanderungspolitik in Großbritannien und Frankreich. Ein historischer Vergleich 1945–1962*, Frankfurt (Campus) 2001, 316 S. (Campus Forschung, 825).

Immigration und Zuwanderungspolitik sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Großbritannien zentrale Themen öffentlicher Diskussion und politischer Auseinandersetzung. Der zwischen Paris und London lange schwelende Konflikt um das Asylbewerberlager Sangatte bei Calais hat das erst jüngst wieder deutlich gemacht. Die öffentliche Aufmerksamkeit und die gesellschaftliche Relevanz haben auch in der Wissenschaft ihren Niederschlag gefunden. Seit einiger Zeit erfreuen sich Studien zur Reaktion von Staat und Gesellschaft auf die Herausforderungen massenhafter Migration nicht nur unter Soziologen, Politikwissenschaftlern, Juristen und Ökonomen, sondern auch unter Historikern beträchtlicher Beliebtheit.

Sturm-Martins aus einer Berliner Dissertation hervorgegangene Studie unterscheidet sich in dreifacher Hinsicht von anderen Arbeiten zu demselben Themenkomplex. Erstens bezieht sie nicht nur wirtschaftspolitische Überlegungen und die Probleme der sozialen Integration der Zuwanderer ein, sondern untersucht darüber hinaus die Auswirkungen der Zuwanderungspolitik auf die internationalen Beziehungen. Zweitens hat sie einen komparatistischen Ansatz gewählt, der strukturelle Gemeinsamkeiten und nationale Spezifika besonders deutlich hervortreten lässt. Drittens ist die Studie konsequent aus den verfügbaren Regierungsakten gearbeitet; gerade viele französische Bestände werden hier erstmals systematisch ausgewertet. Der Verzicht auf die Erschließung weiterer Quellen wie Printmedien, Dokumente aus Partei- oder Gewerkschaftsarchiven ist in arbeitsökonomischer Hinsicht durchaus sinnvoll. Die Darstellung der öffentlichen Diskussion über Zuwanderung fällt auf diese Weise jedoch ein wenig farblos aus als wünschenswert.

Die Vergleichsfälle Großbritannien und Frankreich sowie der Untersuchungszeitraum 1945 bis 1962 sind mit Bedacht und Geschick ausgewählt. Nur in Frankreich und Großbritannien fiel die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufbauphase nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sowie die Ausweitung des Sozialstaates im Zeichen der Vollbeschäftigung mit verstärkter Zuwanderung aus noch bestehenden oder ehemaligen Kolonialterritorien zusammen – im britischen Fall waren dies vor allem die Karibik, Indien und Pakistan, im französischen Fall Algerien. Die zeitliche Überschneidung der Dekolonisierungsfrage mit dem Problem der Zuwanderung ermöglicht der Autorin, die Paradigmenwechsel innerhalb des »official mind« zu analysieren: Am Beginn des Untersuchungszeitraumes steht die rechtlich garantierte Freizügigkeit von Personen zwischen Kolonien und Mutterland als »unverzichtbarer Teil der kolonialen Ideologie und Praxis« (S. 18); das Ende wird in Großbritannien durch den *Commonwealth Immigrants Act* und in Frankreich durch die Unabhängigkeit Algeriens markiert, die beide auf ihre Weise die rechtlichen Grundlagen der Freizügigkeit einschneidend veränderten.

Die Regierungen und Ministerialbürokratien in London und Paris sahen sich mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, divergierende kolonial- und außenpolitische, ökonomische und sozialpolitische Interessen in Einklang zu bringen. Dabei traten zentrale Gemeinsamkeiten in der Problemwahrnehmung der britischen und französischen politisch-admini-

strativen Elite zutage, wie die Autorin überzeugend herauszuarbeiten vermag. Es gab aber auch grundlegende »Unterschiede der beiden politischen und wirtschaftlichen Systeme, der Traditionen von Staatsbürgerschaft und der Bedeutung, die den schrumpfenden Kolonialreichen zugestanden« wurde (S. 16). Großes Gewicht mißt Sturm-Martin der vergleichsweise langen Tradition der Einwanderung nach Frankreich zu. Da man dort seit dem späten 19. Jh. versucht habe, das eigene Bevölkerungsdefizit durch den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte auszugleichen, habe man nach 1945 auf Erfahrungen etwa bei der Bereitstellung von Unterkünften, dem Umgang mit Sprachproblemen und den Konflikten mit den Gewerkschaften zurückgreifen können, die das klassische Auswanderungsland Großbritannien nicht besaß. Hinzu kamen die etatistischen Traditionen Frankreichs, die nach 1945 zur Gründung eines staatlichen Einwanderungsbüros und der ausgefeilten statistischen Erfassung der algerischen Einwanderer führten. In Großbritannien hingegen nahm man die Zuwanderung nicht in erster Linie als Problem der Wirtschaftspolitik und des Arbeitsmarktes wahr, sondern als eine Frage, die den Zusammenhalt des Commonwealth berührte. Im Wege des *muddling through* mendelten sich erst allmählich im Zusammenspiel von Regierung, Verwaltung und Parlament entsprechende Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten heraus.

Daneben verweist die Autorin auch auf wichtige Parallelen – etwa das Leitbild ethnischer Homogenität der Bevölkerung, das »für die britische und französische Regierung bis in die fünfziger Jahre hinein ein wichtiges Politikziel« (S. 214) blieb. Dementsprechend wurden die Möglichkeiten der Beobachtung und Kontrolle der Migration soweit ausgeschöpft wie ohne Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen möglich, zum Beispiel mit Hilfe einer – meist wenig wirkungsvollen – »Abschreckungspropaganda in den Herkunftsländern« (S. 301). Erst die algerische Unabhängigkeit und die Neuordnung der außenpolitischen Prioritäten Großbritanniens auf einen Beitritt zur EWG hin veränderten Anfang der sechziger Jahre das politische Koordinatensystem derart, daß rechtliche Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung möglich wurden. Damit entstand die Konstellation, die in den folgenden Jahrzehnten vor dem Hintergrund sich verschärfender Wirtschaftskrisen und wachsender Arbeitslosigkeit zur politischen und sozialen Aufladung des Zuwanderungsthemas führte.

Dominik GEPPELT, London

Sandrine KOTT, *Le communisme d'État dans la société est-allemande*, Paris (Belin) 2001, 413 p. (Socio-histoires).

Si la RDA est objectivement un eldorado pour l'historien, puisqu'avec des archives consultables sans délai, l'analyste du passé y trouve son métal précieux en surabondance, la ruée vers l'or n'est jusqu'à maintenant qu'inter-allemande. Pour les non-Allemands, il n'y a pas seulement l'obstacle de la langue, mais la concurrence sans doute assez décourageante des innombrables projets (ouest-)allemands (plus de mille engagés depuis le début des années 90).

Sur ce terrain non seulement intensément prospecté, mais aussi fort »exotique« aux yeux des Français, Kott s'aventure sans complexe. Elle peut s'appuyer sur son expérience de l'Allemagne (cf. »L'État social allemand«, Paris [Belin] 1995 et »L'Allemagne au XIX^e siècle«, Paris [Hatier] 1999) et surtout sur un questionnement à la fois synthétique et exemplaire. Le caractère exemplaire, c'est celui de l'histoire sociale d'une dictature, qui donne la possibilité de tester la pertinence de concepts classiques (comme le totalitarisme) ou nouveaux (comme ceux de dictature paternaliste, éducative ou »assistancielle« – *Fürsorgediktatur*). Pour concentrer l'investigation, l'idée féconde consiste d'autre part à focaliser ses observations sur l'entreprise, objet circonscrit et pourtant hautement significatif, car central tant dans l'imaginaire socialiste que dans le »socialisme réellement existant«.

L'analyse est menée à partir du dépouillement des archives de sept entreprises industrielles berlinoises. Elle s'opère par touches successives, les divers angles de vue permettant à la fois